

FORUM SALZBURG 2001

Sicherheitspartnerschaften

Innenminister Ernst Strasser vereinbarte beim "Forum Salzburg" mit den Amtskollegen von fünf osteuropäischen EU-Beitrittskandidaten ein gemeinsames Vorgehen gegen organisierte Kriminalität, vor allem gegen Schlepperei, Geldwäsche und Drogenhandel.

Es gebe nur eine Antwort auf die organisierte Kriminalität: "Durch zunehmende Zusammenarbeit die Maschen enger knüpfen", sagte Innenminister Ernst Strasser beim diesjährigen "Forum Salzburg".

Zum zweiten Mal nach 2000 lud Strasser seine Amtskollegen aus Ungarn, Polen, Tschechien, Slowenien und der Slowakei vom 26. bis 27. Juli 2001 nach Salzburg zu "informellen und praxisorientierten" Beratungen über innere Sicherheit und die grenzüberschreitende Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Teilnehmer des "Forums Salzburg 2001" waren zudem der EU-Kommissar für Justiz und Inneres, Antonio Vitorino, der Regierungsbeauftragte für die EU-Erweiterung, Erhard Busek, und Helga Konrad, Koordinatorin der Arbeitsgruppe Menschenhandel des OSZE-Balkan-Stabilitätspakts.

Nur durch bessere Verschränkung auf Arbeitsebene könne man der internationalen Kriminalität erfolgreich begegnen. Im "Haus Europa" genüge es nicht, "dass unsere Haustür sicher ist, sondern das Grundstück Europa muss sicher sein", betonte Strasser. Österreich werde die EU-Beitrittskandidaten mit Know-how in der Ausbildung unterstützen. Bilateral strebe Österreich mit den mitteleuropäischen Nachbarn "dieselben guten Verträge an, wie sie mit Deutschland und der Schweiz bestehen" -- bis hin zu gemeinsamen Streifendiensten an der Grenze und Observationen über die Grenze hinaus, was sich etwa mit Bayern bewährt habe, erläuterte der Innenminister.

"Schengen-Reife" verlangt Strasser von den EU-Beitrittswerbern. Deutschland und Österreich fordern einheitliche Standards für die Grenzpolizei zum Schutz der gemeinsamen Grenzen. Die EU verlange "nicht nur die legislative Umsetzung, sondern auch die effektive Anwendung" ihrer Regeln. Österreichs Innenminister wies darauf hin, dass mit Ungarn eine gemeinsame Grenzstelle eingerichtet worden sei; vor kurzem sei mit der Slowakei der Dialog über innere Sicherheit (Asylfragen, polizeiliche Kooperation usw.) begonnen worden.

Salzburger Deklaration

Innenminister Strasser erzielte mit den EU-Kandidaten "ein klares Bekenntnis zur gemeinsamen Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der illegalen Immigration, der Geldwäsche und des Drogenhandels". Die "Salzburger Deklaration" sei keine Absichtserklärung, sondern ein Programm, betonte Strasser. Je besser die Sicherheitsapparate der Nachbarländer wären, desto ruhiger könnten die Bürger Europas schlafen. Die Zusammenarbeit mit den Nachbarn solle in Staatsverträgen festgelegt werden.

Ein weiteres Anliegen Österreichs sei die Heranführung der Sicherheitssysteme der einzelnen Staaten an die österreichischen und europäischen Standards -- wie z. B. sichere Datensysteme, die Kooperation mit Europol und dichte Außengrenzen. Strasser würdigte die

Vorleistungen bei der Grenzsicherung -- etwa Ungarns gegenüber der Ukraine und der baltischen Länder gegenüber Russland. Strenge Grenzkontrollen zu den Nachbarn werde es weiterhin geben. "Bis die Balken hochgehen, wird es noch Jahre dauern", sagte Strasser. Die Staaten könnten etwa sechs Jahre nach dem EU-Beitritt "schengenreif" sein.

In Polen gebe es seit eineinhalb Jahren eine Offensive gegen die organisierte Kriminalität und ein zentrales Fahndungsbüro, berichtete Polens Innenminister Marek Biernacki. Er zeigte sich zuversichtlich, dass alle Kandidatenstaaten die Anforderungen der EU in Sicherheitsfragen erfüllen können.

Die Deklaration wäre für Slowenien ein wichtiger Beitrag zur Festigung der Sicherheit, bekräftigte Sloweniens Innenminister Rado Bohinc; Slowenien sei von ihr besonders betroffen, da die Schlepperei über die so genannte "Balkanroute" erfolge. Slowenien unterstütze zudem alle Initiativen zur Vereinheitlichung des Asylsystems in der EU. Bohinc erwartet von den anderen Staaten eine "solidarische Hilfe" beim Ausbau des Grenzsicherheitssystems.

Ungarn wolle "ein gern gesehener Gast in einem gemeinsamen Europa" sein. Deshalb werde der Staat alles tun, um die Sicherheitsstandards auf das europäische Niveau zu heben, erläuterte Ungarns Innenminister Sandor Pinter.

Auch der slowakische Innenminister Ivan Simko begrüßte die Sicherheits-partnerschaft mit Österreich. Tschechiens Innenminister Stanislav Gross wies darauf hin, dass die Sicherheitspolitik nicht mehr isoliert betrachtet werden könne: "Das wäre unverantwortlich."

EU-Kommissar Antonio Vitorino unterstützt die österreichische Initiative: Alle Bürger der EU hätten die gleichen Anliegen: Sicherheit, Freiheit und Gerechtigkeit. Die Erweiterung der Europäischen Union werde ein Erfolg, wenn es gelinge, die transnationale organisierte Kriminalität effizient zu bekämpfen.

Der Kommissar stellte seine Pläne für eine Einwanderungs-Richtlinie vor -- mit gemeinsamen Regeln für die Einreise, den Aufenthalt und die Arbeitsaufnahme von Nicht-EU-Bürgern. "Wir müssen die Kooperation mit den Beitrittswerbern beim Aufbau der Exekutive, der Justizapparate und des Grenzschutzes verstärken", forderte Vitorino. "Der Mehrwert ist mehr Sicherheit für alle".